wirtschaft. baz | Samstag, 5. Juli 2008 | Seite 15

Auf dem Arbeitsmarkt wird sich der Mangel an Fachkräften noch verstärken

Erwerbsreserven müssen besser ausgeschöpft werden

FELIX ERBACHER



Nach Jahrzehnten Restrukturierungen, Reorganisationen, vorzeitigen Pensionierungen und Personalabbau werden die Arbeitskräfte

rar. Die Konjunktur läuft derweil immer noch auf respektabel hohen Touren. Und so bekundet heute über ein Drittel der schweizerischen Unternehmen Mühe, das dringend benötigte qualifizierte Personal zu finden. Das hat der Stellenvermittler Manpower in einer Umfrage jüngst herausgefunden. Damit kann die schweizerische Wirtschaft ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfen; ihr Wachstum wird beschnitten. Das betrifft die Binnenwirtschaft. Auch die Exportwirtschaft verliert deshalb auf dem Weltmarkt Anteile.

Tischler, Dachdecker, Elektriker, Mechaniker, Uhrmacher, Polizisten, Programmierer, Piloten und Pflegepersonal sind Mangelware. Die Liste ist nicht vollständig. Ein Blick in die Stellenanzeiger der Tageszeitungen verlängert die Liste. Dramatisch schlagen Planungsbüros und Industriefirmen Alarm. Die Hochschulen «produzieren» zu wenig Ingenieure. Dringende Infrastrukturprojekte können nicht realisiert werden; Unternehmen müssen zuweilen Aufträge ausschlagen.

VIELFÄLTIGE URSACHEN. Zwar zählen wir in der Schweiz immer noch rund 100000 Arbeitslose. Aber Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt drif-

ten auseinander. Ein arbeitsloser Investmentbanker kann nicht die Tragfähigkeit einer Brücke berechnen, eine 55-jährige kaufmännische Angestellte nicht im Labor von Roche Substanzen untersuchen.

Das Sozialprestige spielt eine Rolle. Im Büro mit Krawatte zu arbeiten ist attraktiver als im Winter auf dem Bau eine Mauer hochzuziehen. Das Lob für einen schönen Bau heimst der Architekt ein. Ohne den Ingenieur kann der Turm, das Fussballstadion oder das futuristische Forschungs- und Verwaltungsgebäude erst gar nicht gebaut werden. Die vorzügliche Entlöhnung der einen oder anderen Branche lockt. Die potenten Pharmakonzerne zahlen ungleich mehr als ein KMU oder Gewerbebetrieb es sich leisten kann.

VERSÄUMNISSE. Aber letztlich müssen sich die Unternehmen und die Branchenverbände selbstkritisch fragen, ob sie in der Vergangenheit genügend für ihren Nachwuchs getan haben. Eine nicht repräsentative Umfrage bei Firmen der Region Basel hat ergeben, dass selbst Betriebe mit Hunderten von Angestellten sich erst heute darüber Gedanken machen, wie eine Lehrlingsausbildung auf die Beine zu stellen ist, die ihren Namen auch verdient. Das ist schwer verständlich.

Auch nicht, dass weder die Alterspyramide, noch die Mehr-Generationen-Mitarbeiterschaft in personalstrategischen Überlegungen eine Rolle spielen. Wenn sich, wie prognostiziert, der de-

mografische Wandel beschleunigt, nimmt die Entwicklung dramatische Züge an. Schon heute stimmt in vielen Firmen die Altersstruktur nicht mehr. Erfahrene ältere Mitarbeitende fehlen. Aber gerade sie können wesentlich zu einer hohen Leistungsfähigkeit und zu spezifischem Know-how beitragen. Scheiden sie aus, können Rationalisierungen und Automatisierungen die Lücke nicht schliessen.

VORAUS DENKEN. Kurzfristig ist das Problem nicht lösbar. Die neusten Personalstrategien sind ohnehin gesamtwirtschaftliche Nullsummenspiele und verstärken nur den Abwerbungsdruck.

Schon heute stimmt in vielen Betrieben die Altersstruktur nicht mehr. Erfahrene ältere Mitarbeitende fehlen.

Dazu gehören Programme zur Personalbindung, Gesundheitsprogramme oder neue Arbeitszeitmodelle. Aber mittelfristig könnte die Entwicklung eines sich verknappenden Arbeitsangebotes durchaus noch rechtzeitig aufgehalten werden.

«Erwerbsreserven sind vorhanden, müssen aber aktiviert werden», sagt der Arbeitsmarktforscher George Sheldon vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität Basel. Interne Weiterbildungskurse entlasten den Markt der Spezialisten. Mit internen Förderungsprogrammen können die Jungen schneller an ihre Aufgaben herangeführt werden. Praktika-Angebote sind ebenso zukunftsgerichtet. Heute liegt das Schwergewicht auf der akademischen Ausbildung. Damit geraten gewerbliche Berufe ins Mittelfeld. Also drängt sich eine Aufwertung der Berufslehre auf.

Bei den Älteren lassen sich erwerbsfeindliche Pensionierungsregeln vermeiden. Gestaffelte Pensionierungsmodelle schaffen Luft. Das Potenzial der Frauen lässt sich mit besserer Bezahlung, Kinderkrippen oder Weiterbildung besser ausschöpfen.

JE FRÜHER, DESTO BESSER. Bei den Ausländern empfiehlt sich die Stärkung der Personenfreizügigkeit. Allerdings werden je länger, desto weniger Auslandsrekrutierungen möglich sein, weil die anderen Industrieländer und die Schwellenländer und die Entwicklungsländer ihre Spezialisten je länger, desto mehr selbst benötigen. Und bei den Entwicklungsländern schwächt die Abwerbung deren Entwicklung, was letztlich nicht in unserem Interesse liegt. Je später Unternehmen, Ausbildungsstätten, Behörden und Politik handeln, desto schwieriger wird die Steuerung der Arbeitsmarktpolitik. Nicht der Eisberg hat die «Titanic» zum Sinken gebracht, sondern der Kapitän hat ihn zu spät entdeckt.

nachrichten

Clientis Jura Laufen neu bei Bank Valiant

BERN. Die Clientis Bank Jura Laufen mit zwei Hauptsitzen in Delsberg (JU) und Laufen (BL) verlässt die Regionalbankengruppe Clientis per Ende 2009. Sie begibt sich unter das Dach der Berner Bankengruppe Valiant. Die Bilanzsumme der Clientis Bank Jura Laufen mit 86 Mitarbeitern und 13 Filialen betrug Ende 2007 1,63 Milliarden Franken. Auch nach dem Austritt bleibe die gesamte Clientis-Gruppe «grundsolid», teilte die Bankengruppe in einer Mitteilung mit (siehe dazu auch Seite 33 dieser baz-Ausgabe). SDA

Investmentbanking der ZKB mit neuem Chef

ZÜRICH. Philipp Halbherr wird neuer Leiter des Investmentbankings bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Der bisherige Finanzchef der ZKB übernimmt das Amt per sofort. Die ZKB ist die drittgrösste Bank der Schweiz. SDA

Neues Kadermitglied bei Georg Fischer

SCHAFFHAUSEN. Beim Schweizer Industriekonzern Georg Fischer kommt es zu einem Wechsel in der Konzernleitung. Jürg Krebser, Leiter des Bereiches GF Agie Charmilles, gibt diese Verantwortung per Anfang August auf «freien Wunsch» an Michael Hauser weiter. Hauser leitete bei Agie Charmilles unter anderem das Marketing. SDA

Biosprit treibt Preise für Lebensmittel

Eine Studie zeigt: Einfluss grösser als gedacht

CHRISTIAN MIHATSCH

Biosprit wird mit Milliarden subventioniert. Davon profitieren Bauern und Politiker. Dass deshalb die Lebensmittelpreise steigen, bleibt da besser geheim.

Die Lebensmittelpreise steigen scheinbar unaufhörlich. Doch es ist nicht klar, warum. Für die einen sind Spekulanten Schuld, andere verweisen auf die Dürre in Australien, und dritte verorten das Problem bei chinesischen Kindern, die dank gestiegenem Wohlstand im Reich der Mitte mehr Milch trinken.

Ein Faktor wurde dabei bislang unterschätzt, wie eine Weltbankstudie zeigt, die der britischen Zeitung «The Guardian» vorliegt: Die Umwandlung von Lebensmitteln in Biosprit. Dies habe die Lebensmittel nicht um drei Prozent verteuert, wie die US-Regierung glaubt, sondern um satte 75 Prozent. Die Hälfte der Preissteigerung von 140 Prozent zwischen 2002 und heute geht also auf die «grünen» Kraftstoffe zurück. Der Report stellt fest: «Ohne die Steigerung der Biospritproduktion hätten die weltweiten Weizen- und Maisvorräte nicht derart abgenommen. Und die Preissteigerungen aufgrund anderer Faktoren wären moderat ausgefallen.»

GEHEIMHALTUNG. Problem erkannt, Problem gelöst, möchte man meinen. Doch da irrt der Laie, denn der Bericht ist geheim. Entwicklungsexperten glauben, dass die Weltbankstudie nicht veröffentlicht wird, um Präsident Bush eine Peinlichkeit zu ersparen. Biosprit wird in den USA massiv subventioniert: Aus mehr als 200 Subventionstöpfen werden jährlich über sieben Milliarden Dollar an die Bauern verteilt – ein tolles Geschäft.

In Anbetracht der fragwürdigen Ökobilanz von Biokraftstoffen meint ein ehemaliger Chefberater der britischen Regierung: «Mit den Subventionen für Biosprit treiben wir nur die Lebensmittelpreise nach oben, ohne etwas für den Klimaschutz zu tun.» Das hören die Verantwortlichen natürlich nicht gern.

Der G-8 gehen die Probleme nicht aus

Die Führer der Welt werden über Klima, Hunger, Ölpreis und Kriege sprechen



Zum Beispiel Haiti. Wegen der steigenden Preise sind immer mehr Menschen auf Lebensmittelverteilungen angewiesen. Foto Reuters

Es sind gewaltige Probleme, mit denen sich die G-8-Staaten auf ihrem Gipfel im japanischen Toyako beschäftigen werden. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Komplexe Ernährung, Klima, Nahost und Entwicklung.

Die führenden Industriestaaten und Russland (G-8) müssen bei ihrem Gipfel in der kommenden Woche in Japan einen beispiellosen Mix akuter Probleme bewältigen. Rekordölpreise, Inflationsgefahren, Nahrungsmittelkrise und Klimawandel beschäftigen vom kommenden Montag an für drei Tage die Staats- und Regierungschefs aus den USA, Kanada, Japan, Russland, Italien, Frankreich, Grossbritannien und Deutschland. In diesem Jahr hat turnusgemäss Japan den G-8-Vorsitz. 2007 war es Deutschland (Heiligendamm), 2009 wird Italien den Gipfel in La Maddalena auf Sardinien ausrichten.

> Lebensmittelpreise: Schon die Bevölkerungen des vergleichsweise reichen Westens spüren den starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Ungleich härter trifft es die Armen der Welt in Südasien, Afrika, Lateinamerika, der Karibik und dem Nahen

Die jahrelang stabilen Preise für Reis, Mais und Weizen sind explodiert. Nach Angaben der Weltbank stiegen sie in den vergangenen Jahren um bis zu 181 Prozent. Schwere Unruhen waren die Folge, in Haiti, Kamerun, Mauretanien, Senegal und der Elfenbeinküste starben Hunderte Menschen. Weltbank-Präsident Robert Zoellick warnte vor dramatischen Folgen für die ärmsten Länder. Die Welt sei dabei, «in eine Gefahrenzone zu geraten», sagte er. In einem Brief an den Gastgeber und japanischen Premier Yasuo

Fukuda schrieb Zoellick, es würden etwa zehn Milliarden US-Dollar gebraucht, um die unmittelbarste Not der am schwersten betroffenen Menschen zu lindern.

> Klima/Energie: Der Komplex Klima und Energie ist untrennbar mit den Themen Ernährung und Energie verknüpft. Die G-8-Staaten haben vereinbart, mindestens eine Halbierung der globalen CO₂-Emissionen bis 2050 «ernsthaft zu prüfen». Bei diesem Prozess sollten die Schwellenländer einbezogen werden.

2007 wurde in Heiligendamm festgelegt, die Klimaziele unter Leitung des UNO-Klimasekretariats umzusetzen. Es ist nicht zu erwarten, dass in Toyako konkrete Schritte im Kampf gegen den Klimawandel vereinbart werden. Erwartet wird, dass das in Heiligendamm

Erreichte fortgeschrieben und bekräftigt wird.

> Weltwirtschaft/Finanz-

märkte: Die Ölpreise springen von Rekord zu Rekord – und schüren die Sorge um die Weltwirtschaft. Der drastische Anstieg schlägt auf die Finanzmärkte durch, die durch die US-Immobilienkrise eh schon heiss gelaufen sind. Der Einfluss von Spekulanten auf den Ölpreis rückt mehr und mehr in den Fokus. Sorgen vor einer globalen Rezession werden laut.

> Naher Osten/Iran: Diese zwei Krisenherde haben hohe Aktualität. Dem Vernehmen nach gibt es zum Nahen Osten möglicherweise auch eine einzelne Erklärung der G-8 (ebenso wie zum Thema Energiepreise). Im Gazastreifen hatten Israel und die radikale Palästinenserorganisation Hamas zu-

hungen hin einen Waffenstillstand vereinbart. Ausserdem bot Israel dem Libanon direkte Friedensverhandlungen an. Beides weckte Hoffnungen auf ein Tauwetter. Beim Thema Iran ist nicht damit zu rechnen, dass der scheidende US-Präsident George W. Bush den Druck im Atomstreit lockern wird. G-8-Gastgeber Japan hatte sich erst zuletzt wieder für eine Lösung durch Dialog ausgesprochen, darauf drängt auch die EU.

letzt auf ägyptische Bemü-

> Afrika/Entwicklung: Dieses Thema wird auch in Japan breiten Raum einnehmen. Schon 2005 hatten sich die G-8-Staaten im schottischen Gleneagles darauf verpflichtet, die Entwicklungshilfe für Afrika bis ins Jahr 2010 zu verdoppeln.

Daraus wird allerdings nichts werden, glaubt man dem «Africa Progress Panel» unter Führung des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan: Laut dem Mitte Juni vorgelegten Bericht fehlen zur Erfüllung der Versprechungen noch 40 Milliarden Dollar, zudem seien viele der gegebenen Hilfszusagen noch ungewiss. Mindestens die zahlreichen nicht staatlichen Organisationen (NGO) werden in Japan die Regierenden fragen, in welchem Verhältnis Versprechen und eingelöste Zusagen an Afrika stehen.

> Sonstiges: Gewissermassen zum Standard der G-8-Gipfel gehören die Themen Nicht-Verbreitung von Atomwaffen und Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Zu besprechen gibt es also genug. Wichtiger aber sind die richtigen Entscheidungen. SDA/DPA